

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Samstag außer Sonntag und in durch die Expedition, Neue Gasse Nr. 17, durch die Post und durch Colporture zu beziehen. Preis vierteljährlich 27. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7745.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Insertionsgebühren betragen für die erste Spalte 20 Pfennige, für die zweite 15 Pfennige, für die dritte 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Samstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 121.

Donnerstag, den 26. Mai 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die Feinde des Reichstagswahlrechts.

Das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht gehört zu den politischen Grundforderungen, die der Liberalismus aufgestellt und vertreten hat in jener Zeit, da er in den Augen aller „Gutgesinnten“ noch eine „Umsturzmacht“ war. Als nach dem „tollen“ Jahr 1848 der Liberalismus mehr und mehr der Versumpfung und Verderbnis anheimfiel, wurde er, wie gegen so manche andere seiner Grundforderungen, auch gegen diese gleichgiltig. Der Sympathien der politischen arbeitenden Arbeiterklasse entbehrend, richtete er auf der Basis des Klassen- und Censurwahlrechts sich parlamentarisch-häuslich ein, die Interessen der bestehenden Klassen zu vertreten. Wurde auch die Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts vom Liberalismus nicht ausdrücklich preisgegeben, so zeigte sich doch immer mehr, daß er auf dieselbe kein Gewicht mehr legte; sie zu verwirklichen, unternahm er in der ganzen langen Reactionsperiode, die dem „tollen“ Jahre folgte, nichts. Da erhob Ferdinand Lassalle sie im Jahre 1864 als Hauptforderung der von ihm geschaffenen Arbeiterpartei, welche die Mutter der großen socialdemokratischen Partei werden sollte. Im Statut des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ war ausgesprochen, daß durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts zu wirken sei.

Lassalle und seine ersten Anhänger sind deshalb vom bürgerlichen Liberalismus geradezu fanatisch angegriffen worden, besonders, da Lassalle von ihm erklärt hatte, daß er unfähig geworden sei, die politische Freiheit zu erlämpfen. Hervorragende „Fortgeschrittler“, Faucher, Max Wirth, Schulze-Deßlich u. A. versicherten: man brauche das allgemeine Wahlrecht nicht mehr, da das liberale Bürgerthum auch unter dem Klassen-Wahlrecht seine gebührende Vertretung finde!

Im Jahre 1867 gewährte Bismarck das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht für die Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes. Weshalb? Einmal, weil sich für ein bundesstaatliches Parlament keine andere Wahlrechts-Grundlage finden ließ; fobann, weil er dieses Wahlrecht als populäres Versöhnungs- und Bindemittel erachtete und endlich, weil er hoffte, damit die Arbeitermassen für seine Politik und gegen die noch nicht ganz „gezähmte“ liberale Bourgeoisie zu gewinnen.

Die Socialdemokratie hat dann die Forderung in ihr Programm aufgenommen mit der Maßgabe, daß das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht einzuführen sei für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde.

Von den Hoffnungen, die Bismarck an die Gewährung dieses Rechtes in Bezug auf die Arbeiterklasse knüpfte, ist keine in Erfüllung gegangen. Die Arbeiter haben sich in der socialdemokratischen Partei zusammengefunden, selbstständige Politik zu treiben.

In demselben Maße, wie das Wachstum der Socialdemokratie durch ihre Erfolge bei den Reichstagswahlen greifbar zur Erscheinung kam, ist auch die

Abneigung der bürgerlichen Parteien gegen das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht gewachsen. Sie ließen dasselbe gelten, so lange sie hoffen konnten, daß politisch unaufgeklärte Massen des arbeitenden Volkes ihnen bei den Reichstagswahlen Gefolgschaft gegen die Socialdemokratie leisten würden. Aber je mehr die gegenwärtige Entwicklung vor sich ging, je mehr wurde ihnen dieses Recht verhaßt. Seit Jahren erleben wir Angriffe auf dieses Stück Reichsverfassung. Und bereits haben die Feinde desselben einen Erfolg zu verzeichnen: es gelang im Jahre 1888 dem sogenannten Cartellrechtstage, durch Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre eine nicht unerhebliche Einschränkung des Reichstagswahlrechts durchzuführen. Das war ein Vorstoß in der Richtung des Bestrebens, dieses Wahlrecht ganz und gar zu beseitigen.

Freilich, bis jetzt hat noch keine der reactionären Parteien die Forderung der „Wahlrechts-Revision“ in ihr Programm aufgenommen. Und jetzt, wo es zu den Reichstags-Neuwahlen geht, leugnen sie fast, daß irgendwo die Absicht der Beseitigung bestände. Sie lügen, ebenso dumm wie unverschämmt, um die Wähler zu täuschen.

Dußerde von Neuerungen conservativer und national-liberaler Parteigrößen und Organe sind anzuführen, aus denen der Wunsch und das Bemühen, das Reichstagswahlrecht zu vernichten, deutlich erkennbar wird. Wir wollen eine kleine Auslese solcher Neuerungen veranstellen, um unsere Leser in den Stand zu setzen, die Lügner gebührend zu treffen.

Der den rechten Flügel der Nationalliberalen vertretenden „Kölnischen Zeitung“ können wir mindestens zwanzig Angriffe gegen das Reichstagswahlrecht nachweisen — Angriffe, in denen die elende Phrase, daß „Bildung und Besitz“ ausschlaggebend sein müsse für die Zusammensetzung des Parlaments, immer wiederkehrt. Unmittelbar nach den letzten Reichstagswahlen, am 18. Juni 1893, schrieb das Blatt:

„Die großen Städte mit ihrer Fülle von wirtschaftlicher Thätigkeit und geistiger Regsamkeit werden durch das Reichstagswahlrecht mehr und mehr um eine geeignete Vertretung gebracht. In Handelsstädten, wie Hamburg, ist selbst die Vereinigung aller bürgerlicher Parteien machtlos gegenüber der Socialdemokratie. In anderen Städten verhindert die Verhinderung der Ultramontanen und Radikalen den Zusammenschluß der Ordnungsparteien. Die Folge ist, daß Bürgerchaften, wie die von Berlin, Breslau, München, Magdeburg, Stettin, Hannover, Frankfurt, mit ihren wichtigen Interessen im Reichstage so gut wie gar nicht vertreten sind. Man mag hiernach die Weisheit jener Radikalen ermesien, welche das Wahlrecht gar nicht plebejisch genug zu machen wissen und dadurch gerade das Bürgerthum politisch verewaltigen. Selbst in links-liberalen Kreisen ist denn auch ein Umschwung der Stimmung eingetreten. Bisher wurde es als eine ganz besondere Schlichtigkeit hingestellt, wenn Jemand es leise zu bezweifeln wagte, ob denn wirklich das Wählen eines ungebildeten und verhegten Tropfen gleichwerthig sei mit dem Urtheil einsichtiger, erfahrener Männer, die nach Beruf und Besitz mit dem Staate verwachsen und durch ihre Sachkunde vor dem Einfluß urtheilsloser Heher geschützt sind.“

Und nun führt die „Köln. Ztg.“ Stimmen aus dem linksliberalen Lager an, welche darüber klagen, daß das Bürgerthum durch das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht „um seine Ansprüche gebracht“ werde.

Zur Brotvertheuerung.

Getreidepreise. Die günstigen Ernteausichten in Deutschland haben den Preis für Zulieferungen etwas herabgedrückt. Vorläufig halten die Händler aber noch die Preise. Besonders Roggen behauptet in Berlin einen Preis von 165 bis 177 Mark.

Im Berliner Productenmarkt sind am Mittwoch die Weizenpreise um 0,50 Mk., die Roggenpreise um 1,50 Mk. gestiegen. In New-York fiel der Weizen um 4,50, während er sich in Chicago auf derselben Höhe wie am Dienstag hielt.

Thenerungszulage. Das Eisenwerk Maximilianshütte hat den Arbeitern wegen der eingetretenen Vertheuerung der Lebensmittelzulagen gewährt, die für Verheirathete 5 Mk., für Ledige über 18 Jahre 3 Mk., für Jugendliche 2 Mk. pro Monat betragen. Die Zulage ist vorerst auf 3 Monate bestimmt.

Ernteausichten in Deutschland. Das statistische Amt für das Deutsche Reich berichtet über den Saatenstand am die Mitte des Monats Mai. Danach wäre der Saatenstand für Weizen im Allgemeinen über mittel, nahezu gut, für Roggen über mittel. Die Saaten standen besser als in allen Jahren seit 1893. Gut stehen sie in Sachsen. Der Ueberfluß an Regen in den letzten Wochen dürfte aber wenig günstig gewirkt haben. In Betracht kommt auch, daß die diesjährige Ernte eine späte sein dürfte, womit die Ernte stark rechnet.

Neue Waffen für die Socialdemokratie.

Unter dieser Aufschrift wendet sich die „Conf. Correspondenz“ gegen die „Germania“, weil sie durch „mythische Verdächtigungen“ bezüglich des Reichstagswahlrechts nur der Socialdemokratie Vorschub leiste.

Die „Conf. Correspondenz“ wünscht wohl, daß die gesammte deutsche Presse mit ihr gemeinam das Volk zu täuschen solle. Die „Conf. Correspondenz“ hat die Stirn, jede reactionäre Absicht gegen das Reichstagswahlrecht abzuleugnen. Das offizielle Organ der conservativen Partei schweigt die massenhaften actenmäßigen Beweise, die zu dieser Frage erbracht worden sind, todt. Diese Unberücksichtigung ist denn doch so groß, daß sie selbst mit der heidenmässigen Angst vor der Socialdemokratie nicht entschuldigt werden kann.

Auch der Abgeordnete Dr. Bachem bestätigt jetzt die Wichtigkeit der Neuerungen des Abgeordneten Müller-Gulda. In einer am 23. Mai stattgehabten Wählerversammlung in Erfeld hat derselbe ausgeführt: Wer im Reichstage jahrelang praktisch mitgearbeitet, der wisse, daß die Mittheilungen des Herrn Müller richtig seien. Er, der Redner wisse, daß trotz des amtlichen Dementis derartige Pläne thatsächlich bestehen; man müsse nur, um die Verwirklichung zu verhindern, die Augen offen halten. Er vermöge aus eigener Kenntniss die Mittheilungen noch zu erweitern: Es besteht und hat bestanden sogar die Idee eines Staatsreichs, das heißt der gewalttätigen Beseitigung des Reichstagswahlrechts. Die Idee ist sogar von einflussreichen Ministern ernsthaft erwogen worden. Ja, sogar recht groß ist die Zahl der Leute, welche zu der Frage einer gewalttätigen Beseitigung des Reichstagswahlrechts stehen und sich wiederhole, diejenigen, die so denken, sind in den großen, einflussreichen Kreisen zu suchen und zu finden.

Herr Bachem sagt da ebenfalls nichts Neues. Er bekräftigt nur das, was von unserer Seite schon immer behauptet und bewiesen wurde. Die Thatsache der schweren Gefährdung des Reichstagswahlrechts ist allerdings eine vortreffliche Waffe in der Hand der Socialdemokratie.

Jeder deutsche Staatsbürger muß nun wissen: Wähle ich einen „Sammelpolitiker“, so wähle ich einen Mann, der mir das Wahlrecht, das ihn gewählt, nehmen will, sobald die Möglichkeit dazu gegeben sein würde!

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola.

Uebersetzt von Dr. G. Kosa.

(In Buchform erschienen bei S. Grieben & Co. Berlin.)

44)

Romanart verboten.

Sie plauderten Beide von dem Ausflug nach Rambouillet. Sie wünschten den Anderen keinen Regen, weil dann auch sie ihr Theil abbekommen hätten, doch es wäre gar zu spasshaft gewesen, wenn sich dort eine Wolke entlad, ohne auch Joinville zu erreichen. Dann ging es über Klara her, das schmierige Ding, die das Geld ihrer Liebhaber nicht schnell genug verputzen konnte. Hatte sie denn nicht vor kurzem sich auf einmal gleich drei Paar Stiefel gekauft, die sie am nächsten Morgen wieder wegwarf, nachdem sie sie mit der Schere aufgeschnitten hatte, weil ihre Füße voll Hühneraugen waren? Uebrigens waren auch die Fräuleins in der Modewarenbranche nicht vernünftiger als die Herren: sie verbrauchten Alles, sparten nicht einen Sou, gaben monatlich zwei- bis dreihundert Francs für Fuß und Reichthum aus.

— Er hat doch nur einen Arm! rief jetzt plötzlich Daugé. Wie kann er denn das Baldborn blasen?

Er hatte Thomme nicht aus den Augen verloren. Nun erzählte ihm Pauline, die sich manchmal über seine Einfältigkeit lustig machte, daß der Raffiner das Instrument gegen die Wand stemme, und er glaube das wirklich und fand es sehr interessant. Als sie ihm aber dann, von Gewissensbissen gepeinigt, erklärte, wie Thomme an seinen Armsumpf eine Art Zange befestigte, die ihm die Hand ersetze, schüttelte er mißtrauisch das Haupt und erwiderte, daß er sich solche Wären nicht anschauen lasse.

— Du bist doch zu dumm! rief sie lachend. Das macht aber nichts, ich liebe Dich trotzdem.

Der Fiaker rollte indessen dahin und man erreichte den Bahnhof von Vincennes knapp vor Abgang des Zuges. Daugé bezahlte alles, doch Denise hatte erklärt, daß sie ihren Theil an den Ausgaben übernehme und man Abends abrechnen werde. Sie stiegen rasch ein, froher Lärm löste ihnen aus allen Waggons entgegen. In Nogent verließ eine Hochzeitsgesellschaft unter lautem Gelächter den Zug. Endlich waren sie in Joinville und begaben sich sofort nach der Insel, um dort ein Frühstück zu bestellen. Dann gingen sie längs des Ufers unter den hohen Pappeln, die die Marine umsäumen, spazieren. Denise ging hinter Pauline und ihrem Geliebten, die sich um den Leib gefaßt hatten; sie hatte einen Strauß Butterblumen gepflückt, ließ ihre Hände über das Wasser schweifen und sah sie so glücklich; sie senkte nur das Haupt, wenn Daugé sich zu ihrer Freundin neigte, um sie auf den Rücken zu küssen. Beim Frühstück wurde sie dann durch das laute Lachen Paulines förmlich betäubt. Diese hatte, trotzdem ein ziemlich kalter Wind wehte, verlangt, in einer Laube zu frühstücken, und es machte ihr großen Spaß, wenn der Wind das Tisch Tuch umschlug. Sie aß gierig, mit dem Heißhunger eines schlecht genährten Lodenmädchens; gut essen war ihre Leidenschaft, dafür gab sie ihr ganzes Geld aus. Da aber Denise an Eier, Braten und Guhn genug zu haben schien, mäßigte sie sich und sagte nicht, auch noch Erdbeeren zu bestellen, die noch sehr selten waren, aus Furcht, die Rechnung gar zu sehr zu erhöhen.

— Was thun wir nun? frag Daugé, nachdem der Raffee aufgetragen war.

Gewöhnlich kehrte er mit Pauline Nachmittag nach Paris zurück, um dort zu dinniren und dann den Tag in einem Theater zu beschließen; da es aber Denise wünschte, beschloffen sie, in Joinville zu bleiben, und wanderten den ganzen Nachmittag im Freien umher. Erst mit Sonnenuntergang kehrten sie nach Joinville zurück, doch es war nur kühl ge-

worden, man mußte in einem der geschlossenen Säle speisen. Um sechs Uhr waren alle Tische besetzt und die Kellner schleppten immer noch Stühle und Bänke herbei, rückten die Teller zusammen und machten Platz für die später Kommenden. Es herrschte in den Sälen eine erstickende Hitze, und man ließ deshalb die Fenster öffnen. Der Tag ging so rasch zur Neige, daß der Wirth, der einen so großen Zuspruch nicht erwartet hatte und auch nicht mit Lampen versehen war, auf jeden Tisch eine Kerze stellen ließ. Der Lärm war betäubend, man hörte Gelächter, laute Zurufe und das Klirren von Tellern.

— Wie lustig Sie sind! jagte Pauline. Und sie neigte sich zu Denise, um hinzuzufügen: Haben Sie Herrn Albert dort unten erkannt?

Es war in der That der junge Thomme in Gesellschaft von drei zweideutigen Frauenzimmern, einer alten Frau mit gelbem Hut, die wie eine Kupplerin ausah, und zwei jungen Dingern von dreizehn oder vierzehn Jahren mit widerlich unverschämtem Benehmen. Er war schon sehr betrunken, klopfte mit dem Glas auf den Tisch und drohte den Kellner durch zuprügeln, wenn er nicht sofort Liqueur bringe.

— Ei, das ist eine nette Familie! fuhr Pauline fort. Die Mutter in Rambouillet, der Vater in Paris und der Sohn in Joinville. . . Sie werden sich nicht in den Weg laufen.

Die Hitze war unerträglich geworden, die Kerzen flossen auf die weinbesteckten Tischtücher hinab. Daugé bezahlte endlich und die beiden Mädchen gingen hinaus. Denise athmete erleichtert auf. Eine erstickende Kühle kam von dem gestirnten Himmel nieder. Als sie den Garten verließen, küßte sie im Schatten eine schlächtere Schwärme:

— Guten Abend, mein Fräulein!

(Fortsetzung folgt.)

Ministerieller Urlaub. Der Staatssecretär im Reichsamt des Innern, Graf Posadowsky, wird unmittelbar nach den Wahlen zum Reichstag, Ende Juni, seinen Sommerurlaub antreten und Mitte August wieder auf seinem Posten sein. Als Grund für den frühzeitigen Austritt seiner Urlaubreise wird angegeben, daß die feste Absicht besteht, dem neuen Reichstag gleich in der nächsten Sitzung Gesetzentwürfe bezüglich einer umfassenden Umgestaltung sowohl der Unfall- als auch der Invaliditäts- und Altersversicherung vorzulegen. Vielleicht nimmt der Urlaub des „Spreckministers“ gar kein Ende, wenn die Wahlen gegen ihn ausfallen!

Die Annahme der Militär-Strafprozessordnung mit den dazu gehörigen Gesetzen im Bundesrath ist, wie der „Arg. Abendztg.“ geschrieben wird, nicht einstimmig erfolgt. Zwei Bundesstaaten stimmten gegen den Entwurf, nämlich Bayern und Braunschweig, beide offenbar aus ganz entgegen gesetzten Gründen; Bayern, weil ihm diese Reform nicht weit genug, Braunschweig, weil sie ihm zu weit geht.

Die Betriebsergebnisse der preussischen Staatseisenbahnen betragen im Monat April 96,5 Millionen Mark (das sind 6,7 Millionen Mark mehr als im April des Vorjahres), auf ein Kilometer entfielen 3296 Mark (180 Mk. mehr als im April 1897). Der Personen- und Gepäckverkehr brachte 28,15 Millionen (+ 1,9 Millionen), der Güterverkehr 68,3 Millionen (+ 4,4 Millionen gegen April v. J.).

Ausland.

Die Wahlen in Belgien.

Der Stimmenzuwachs der Socialisten ist gewaltig. In Brüssel z. B. hatten die Socialisten 1894 nur 1500 Stimmen, diesmal erhielten sie über 11.000. Im Kalk hat ihr Jährcandidat 1750 Stimmen bekommen. Im Ganzen rechnet man nach den Stichwahlen auf einen Verlust der Liberalen von etwa 10 Mandaten; die Socialisten werden mit rund 30 Stimmen in der Kammer vertreten sein. Das liberale Regime hat einen schweren Schlag erhalten.

Am erbittertesten wurde um die bisher von den Socialisten behaupteten 11 Abgeordnetensitze in Lüttich und um die vier Abgeordnetensitze in Verviers gestritten; in beiden früher streng liberalen Städten wurden die Liberalen jetzt ganz verdrängt; in beiden Städten findet eine Stichwahl zwischen den Liberalen und Socialisten statt. In Folge des Wahlauflanges veranstalteten die Socialisten von Charleroi einen Straßenaufruf vor dem socialistischen Volkshause, das die rotke Fackel aufstiege. Die belgische Nationalflagge wurde öffentlich verbrannt.

Auch wo die Liberalen gewählt worden sind, hatten sie vielfach erheblichen Stimmenverlust gegenüber der 1894er Wahl. So stiegen sie in Gent mit 6000 Stimmen Majorität gegen 18.000 bei der vorigen Wahl. Umgekehrt ist die Stimmenzahl der Socialdemokraten auch in zahlreichen Kreisen, wo sie nicht sitzen konnten, ganz bedeutend gewachsen.

Interessant sind einige Anhaltungen unseres Parteigenossen Vandervelde gegenüber einem Correspondenten der „Frankf. Ztg.“. Er erwartet, so führte er aus, zuversichtlich, daß die Wahlen von 1900 oder spätestens von 1902 oder 1904 der Liberalen Herrschaft ein Ende machen werden. Dann würden die Socialdemokraten entweder allein oder gemeinsam mit den Radikalen über die Mehrheit der Kammer verfügen. Erhielten die Socialdemokraten für sich allein die Majorität und schickten sie sich um an ihre Prinzipien zu verwickeln, so wäre, wie Vandervelde annimmt, eine Revolution von oben, vielleicht im Bunde mit einer Ermächtigung der Nachbarstaaten, die ein socialistisches Staatswesen an ihrer Grenze nicht dulden würden, zu befürchten. Weit wahrscheinlicher aber sei, daß die Socialdemokraten auch dann auf ein Zusammenwirken mit den bürgerlichen Radikalen angewiesen sein werden. Dann würde der König voraussichtlich einen Radikalen mit der Bildung eines Ministeriums beauftragen. Die Socialdemokratie würde den Kern der Majorität bilden und eine große Zahl sozialer Reformen wäre zu erwarten. Als seine nächsten Forderungen, in denen er sich übrigens mit der radikalen Partei eins wäre, bezeichnete Vandervelde die Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts mit Minoritätenvertretung für Stadt, Provinz und Gemeinde; eine weitgehende Arbeitsgesetzgebung und Beschäftigungsgesetzgebung, an der es in dem industriellen Belgien hiernächst noch gänzlich fehlt; eine Reform von Arbeit und Schule auf demokratischer Grundlage; eine gerechtere Einkommen- und Erbschaftsteuer.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Auch immer lassen die mit Spannung erwarteten Nachrichten von entscheidenden Kämpfen in der cubanischen See nicht auf sich warten. Obwohl die Amerikaner nach die Spanier bestreihen jüngeres Geschwader über den Stand ihrer Flottenkräfte. Nur so viel ist gewiß, daß nach der Vereinbarung des Schlichtens und dem spanischen Geschwader die Union über eine respectable Zahl von Kriegsschiffen in der Karibik verfügt, es fragt sich nur, ob es den Amerikanern gelingen wird, den spanischen Admiral Cervera zum Kampf heranzulocken.

Der Zeit weiß man nicht einmal, wo sich Cervera mit seiner kleinen Flotte befindet. Die Meldung, er habe den Hafen von Santiago de Cuba (an der Spitze Cubas) bereits wieder verlassen, und sich nach Westen zu wenden, hat keine Bestätigung gefunden. Er ist es wahrscheinlich, daß Cervera sich in Hafen von Cardenas befindet und die Amerikaner versuchen werden, ihn einzukerkern. Man hat sich schon an die Idee gemacht, Cervera nach dem Entschlagen der Minen im Hafen von Cardenas hin zu geleiten. Cervera aber, um bei Santiago zu bleiben, ist ein sehr gefährliches Unternehmen. Der amerikanische „Armed“ mit des Admirals „Albatros“ wieder in den

Jewässern von Martinique zurück, müssen aber zur Stunde nach Cuba unterwegs sein; ein anderer „Destroyer“ trennte sich kurz vor Ankunft des Geschwaders in Santiago von diesem und nahm eine unbekannt gebliebene Richtung. Die Amerikaner verfügen dagegen über mindestens 20 Kriegsschiffe. Der Kampf würde also ein sehr ungleicher werden.

Ueber die Pläne der Amerikaner ergeben die seit Dienstag Abend eingelaufenen Depeschen nur dürftigen Aufschluß. Nach in Key-West eingetroffenen Meldungen vom Dienstag soll die Stellung der spanischen Flotte bestimmt ermittelt sein, ein Kampf aber noch nicht stattgefunden haben. Eine Depesche der „Evening World“ aus Key-West meldet, die amerikanische Flotte werde die spanische spätestens innerhalb dreier Tage zum Gefecht zwingen. Dasselbe Blatt sagt, die spanische Flotte habe sich am Dienstag Vormittag um 11 Uhr noch vor Santiago befunden. Daß sich die Amerikaner auf einen entscheidenden Schlag vorbereiten, zeigt eine Depesche des „New-York Journal“ aus Key-West, wonach dort ein Aviso eingelaufen ist, welcher den Befehl überbrachte, alle Hospitalier sollten sich sofort zur Aufnahme Verwundeter bereit halten. Die Aerzte und Krankenpfleger hätten Befehl erhalten, sich auf ihre Posten zu begeben.

Dem „N. Y.“ wird von seinem Londoner Correspondenten gemeldet, aus Washington sei die Nachricht eingetroffen, die Admiralität erhielt die definitive Meldung, daß die Flotte Cerveras in Santiago de Cuba eingeschlossen ist. Die vereinigten amerikanischen Flotten Sampsons und Schleys bewachen den Eingang des Hafens.

Die „Financ. Rev.“ veröffentlicht ein sensationelles Telegramm aus de-Pair, wonach die spanische Flotte einen Zusammenstoß mit dem amerikanischen Geschwader gehabt habe. Die spanischen Kriegsschiffe „Biscaya“ und „Alphons XII.“ sollen zerstört worden sein. — Ein anderes, einer privaten Quelle entnommenes Telegramm, besagt, das spanische Geschwader sei in der Bay von Santiago vollständig zerstört worden. Die Amerikaner hätten 700 Mann verloren und zwei Schiffe eingebüßt. — In Washington war bis Montag von einem Zusammenstoß der beiderseitigen Geschwader nichts bekannt.

Die „Daily Mail“ meldet aus Madrid, von spanischer Seite werde der Friede herbeigewünscht, um einer vollständigen Zerrüttung der spanischen Finanzen vorzubeugen, eine europäische Großmacht stehe im Begriff einzutreten.

Eine Drahtmeldung des „Evening Journal“ aus Manila besagt, Admiral Dewey sei vor dem dortigen deutschen Consul bedroht worden. Legation habe, laut dieses Berichts, nach einer Unterredung mit dem spanischen Gouverneur Augustus Mandoorathes von einem deutschen Schiffe zu landen verhindert. Dewey verweigerte die Erlaubnis, worauf der Consul erklärte, er werde die Landung mit Hilfe zweier Kreuzer erzwingen. Dewey erwiderte, er werde auf die Kreuzer feuern, wenn sie versuchten, die Drohung des Consuls zu verwirklichen. Die Mandoorathes seien noch nicht gelandet.

Die Erwerbung der bairischen Antillen wird Angesichts des Krieges von der amerikanischen Regierung wieder betrieben. Es handelt sich um die Inseln St. Thomas, St. John und St. Jan. Besonders möchte Amerika den vornehmlichen Hafen von St. Thomas so schnell wie möglich erwerben. Ein bestimmter Antrag ist an die bairische Regierung noch nicht ergangen, wohl aber werden gegenwärtig die maßgebenden parlamentarischen Kreise in Berlin durch Mittelvermittlung bemüht. In Bismarck würde man die Inseln längst gern loslagern.

Oesterreich-Ungarn. Der Stellvertreter des Oberstaatsanwalts von Buda, Szegei, hat seine Demission angenommen; dieselbe erregt öffentlich ungeheures Aufsehen und wird als ein neues Zeichen bevorstehender parlamentarischer Kämpfe und des wachsenden Einflusses Schöners unter den bairischen Regenten bezeichnet.

Der bairische Reichstag hat die Geld mehrerer ungarischer Geschäfte, was Mängel der eigenen Partei der christlich-socialen aufgeföhrt, sein Mandat niederzulegen.

Im Sudapeten wird gemeldet: Der Abgeordnete Vater Szepienyi, der von einigen Abgeordneten wegen einer gegen seinen gerichteten Schwelgerei geäußert wurde, ist im Laufe der Jahre aus der Volkspartei ausgeschlossen.

Italien. Der italienische Ministerpräsident Benedetto Cairoli, geboren 1833 in Anagni, ist Mitglied an einem Herkulesorden. Er wurde Generaldirector des Marine-Ministeriums, übernahm 1876 unter Depretis das Marine-Ministerium, blieb 1878 mit. Unter Cairoli wurde er im selben Jahre, unter Depretis 1884 nochmal Minister. Er blieb es auch bis 1891 unter Cairoli; 1892 bis 1893 war er Minister des Handels im Cabinet Sinisini. Nach Cairolis Sturz trat er in Rom wieder zur Leitung des Ministeriums.

Abbe Davide Albertario, der Director des „Avvenire“ in Rom, wurde am 24. d. Mts. in Rom, an (Roma) auf Befehl des Generalen Bava verhaftet.

Der Oberste Rat der Nationalen, Cardinal Ferrari, gerichteten Brief des Papstes. In dem Brief heißt es, die ersten Ursachen in verschiedenen Gegenden Italiens, besonders in Neapel, hängen von dem Fortschritt bewegte; sie seien das Ergebnis der bösen Saat, die bei der großen Sittenverderbnis ungeheuer in Italien zum Vorschein der Religion anwesend war. Die Bischöfe hätten keine Ursache veranlaßt, nicht mehr mit die Urheber und Mitwirkenden anderwärts seien. Er habe, daß auch die katholischen Frauen Klagen in der Religion und Jungfrauen zu ihrem Leben eine Klage machen.

In der nächstvergangenen Zeit auf des Socialdemokraten wurde in jetzt die Zahl der socialistischen Abgeordneten

Pescetti gekommen. Pescetti ist Abgeordneter für eine Florentiner Wahlkreis. Als er sich vorige Woche nach Stockholm begab, um sich zu parlamentarischen Zwecken über die Geschichte der dortigen Unruhen zu erkundigen, erfuhr er zufällig, daß der Florentiner Dictator, General Gensch, eine Haftbefehl gegen ihn erlassen habe. Pescetti, der sich nicht dieser bewußt war, hatte keine Lust, sich fahren zu lassen, miethete sich Wagen und Pferd und fuhr zu einer kleinen Station südlich von Florenz, verzichtete, um nicht aufzufallen, großmüthig auf die Freifahrt als Abgeordneter, verzichtete auch auf die gewohnte erste Klasse und kam unbehelligt in Rom an. Am Sonnabend war es. Er begab sich schleunigst in die Kammer und blieb dort in der Bibliothek, bis ihm einige Kollegen meldeten, der Palast sei umstellt von Polizei und Gendarmen. Darauf ging Pescetti auf den Balkon und grüßte seine Empfangscommission recht herzlich. Die Nacht schlief er auf einem Divan in der Bibliothek, ebenso die folgende. Zu die nächste Nacht hatten ihm die Quästoren der Kammer ein Schlafzimmer eingerichtet. Der Fall ist nicht bloß komisch, sondern auch staatsrechtlich sehr interessant. Es giebt nämlich keine Gesetzesbestimmung über das Asylrecht der Kammer. Der Kammervorstand stellt sich nun an den Standpunkt, daß dies Asylrecht bestehe; er beschloß aber nichts, weil die Regierung noch keinen Antrag auf Auslieferung gestellt hat. Stellt sie einen solchen Antrag nicht, hat Pescetti so lange den Genuß der relativen Asylfreiheit, bis die Session geschlossen wird. Selbstverständlich wird der Fall Pescetti von den Juristen weiblich ausgebeutet, bestimmet wird auch erörtert, ob ein Dictator-Commissar das Recht habe Verhaftungsbeehle über seinen District hinauszusenden.

Die Reichstagswahlen.

Stimmzettelmogel.

Ein beliebtes Mittel, die geheime Wahl zu hindern, ist das Kennlich machen der Stimmzettel durch ein außer gewöhnliches Format oder eine leicht erkennbare Farbensättigung. Zwecks Wahrung eines wirklich geheimen Wahlrechts werden darum nicht selten zwischen den Parteien vor der Wahl Vereinbarungen über die Herstellung einheitlicher Stimmzettel von gleichem Format und gleichem Papier getroffen. Im 19. hannoverschen Wahlkreis, wo Herr Dr. Dietrich Hagin candidirt, waren die welfischen, national-liberalen, freisinnigen und socialdemokratischen Parteivorstände zu solchem Uebereinkommen bereit, es wurde aber nicht abgeschlossen, weil der Bund der Landwirthe erklärte, er habe bereits seine Dispositionen getroffen.

In Potsdam-Dönhollend haben die Conser-vativen ein gleiches Gesuch auf Herstellung gleichartiger Wahlzettel abgelehnt.

Verpflichtung abhängiger Wähler.

Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstags hat in der letzten Legislaturperiode das öffentliche Eintreten des Landrathes für eine bestimmte Candidatur als Grund für die Ungültigkeitserklärung einer Wahl bezeichnet. Die „Kölnische Volks-Zeitung“ fragt: „Wie ist es nun, wenn die Leiter staatlicher Arbeitsbetriebe sich mit an die Spitze des Wahl-Comitees und der Agitation stellen, wie es z. B. im Saar-Reviers in den Wahlkreisen Saarbrücken und Ottweiler geschieht? Ist ein Arbeiter von Gruben-Directoren wie seitens höherer Vorgesetzten der Eisenbahn? Da liegt es, wenn selbst ein directer Druck nicht ausgeübt wird, doch nahe, daß die Arbeiter glauben, aus bestimmten Gründen nicht anders wählen zu dürfen und zu sollen, als jene, für die der Gruben-Director und nach diesem Oberleiter und Steiger eintreten. Wir meinen, wenn das Eintreten eines Landrathes Ungültigkeitserklärung herbeiführt, dann müßte solches wenig in vornhin geschilderten Fällen geschehen und namentlich dann, wo es sich gleichfalls um itaatische Beamte handelt.“

Ohne Zweifel. Oder aber es müßten Vorkehrungen getroffen werden, daß die Arbeiter dem Einfluß des „Herrn“ nicht unterliegen. Das Wahlgeheimnis muß absolut gesichert werden.

Militärische Übungen am Wapitag.

Der „Mark. Volksztg.“ wird aus Karlsruhe berichtet, daß in den letzten Tagen eine große Anzahl Gesteigungs-Befehle zu einer Uebung vom 2. bis 16. Juni an Landwehrlern in der Umgegend ergangen sind. Dadurch ist es den Eingezogenen ein sehr unangenehm gemacht, ihr Wahlrecht auszuüben, denn die Entlassungen finden meistens erst Nachmittag statt, so daß selbst der nächstwohnende nicht mehr rechtzeitig zur Wahlurne eilen kann.

Aus Landsberg a. W. wird gemeldet: Bei dem Feld-Artillerie-Regiment Nr. 18 werden in der Zeit vom 10. bis 23ten Juni 208 Mann der Reserve und der Landwehr zu einer Uebung eingezogen.

Die Wahlhilfe der Anarchisten.

Lesnen die Socialdemokraten in Berlin a. S. Die socialdemokratischen Bräuermeister bestreiten im „Vorwärts“ die Nichtigkeit einer Kreuzung des Anarchisten Landauer, ein socialdemokratischer Bräuermeister hätte sich an ihn mit der Bitte um Unterstützung im Wahlkampf gewendet: „Auser dem principellen Unterschied würde schon die Bedeutungslosigkeit der „Gruppe Landauer“ diese Bitte zu einem Anstich stemmen.“

Ueber Socialdemokratie und Frauenbewegung.

„Die sozialdemokratische Bewegung“: Alle Bemühungen der Socialdemokratie, die Frauen zu „organisiren“, hatten beinahe alle Jahre keinen Erfolg; erst in der allerletzten Zeit ist es damit anders geworden; und wenn auch nur kleine Kreise der Frauenwelt den socialdemokratischen Lehren einwilligen anhängen und für deren Verbreitung thätig sind, so ist doch Breche in ein Gebiet gelegt, das früher der socialdemokratischen Agitation absolut nicht zugänglich war. Man muß in Berlin leider mit der Thatfache rechnen, daß die socialdemokratischen Versammlungen jetzt stark besucht sind, während die bürgerliche Wahlbewegung immer noch nicht im Gange kommen will. Offenlich wird es damit bis zum 16. Juni noch weiter, anders.“ Hoffen und harren macht manchen zum Karren!

Im letzten Januar über die Wahlbewegung bricht der conservative Reichsbote aus. Das betrübendste Schicksal sei, daß die Parteien, welche zum Schutze vor dem Umsturz auf einander angewiesen seien, einander hinterrücks bekämpfen und verächtigen.

Die conservative Partei erlitt es jetzt daß man von gewisser Seite unter der Maske der Freundschaft und des Lobes sie vor den Wählern in ein ables Licht stellt und den Wählern zu verstehen giebt, die conservative Partei sei eine unzuverlässige Gesellschaft, um sicher zu gehen, sei es schon mehr zu empfehlen, einen Arbeiter mit zu wählen; denn die antisemitische deutsche Reformpartei sei für die Wähler unbedeutend, die Socialdemokraten aber müsse man sich erst genau ansehen, ehe man sie wählt. Für die conservative Partei gilt es jetzt besonders, das alle Spekulation zu befrichtigen: Frau, schau, wenn?

Den Antisemiten nachzusehen, daß sie Schwindler am Basen-Rande, wie überhaupt am Mittel-Rande sind, ist nicht schwer, als diesen Nachweis für die Conservative zu erbringen.

auf Württemberg 1, Königreich Sachsen 6, Baden 4, Hessen 6, Weimar, Meiningen, Coburg-Gotha, Waldeck, Schaumburg-Lippe, Bremen und Lübeck je 1.

„Mit Gottes Hilfe“, so schreibt die „N. Westf. Volksztg.“, hoffen die Conservativen in Minden-Lübbecke den Grafen Moon wieder durchzubringen gegen den Candidaten des Bundes der Landwirthe, Gutsbesitzer Sillke. — Ist das nicht eine Blasphemie, die Gottzeit in derartige Wahlzettel herabzugießen? — Ganz naiv heißt es in dem Bericht der Zeitung, daß auch der Landrat des Kreises Lübbecke, v. Ledebour, an der Wählerversammlung für den Grafen Moon theilgenommen hat.

Majeitätsbeleidigungsprozesse.

Das Reichsgericht verwarf am 24. Mai die Revision des Schuhmachers Nikolaus Dombrowski, der am 12. März vom Berliner Landgericht I wegen Majeitätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt wurde. Wegen Kaiserleibedigung in Verbindung mit Widerstand gegen ein Gendarmen wurde am 16. Mai in Raumburg der arbeitslose und vielfach vorbestrafte Tischler Friedrich Konforte zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurtheilt.

(Ende der Rubrik Volkstische Ueberfälle.)

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Erdmannsdorfer Düstearbeiter ist beendet worden, da die Firma eine kleine Erhöhung der Accorblöhre eintraten liess.

Wyslowitz. In der Dampfziegelei Wyslowitz in am Montag unter den Arbeitern ein Streik ausgebrochen. Ein Theil der Arbeiter hat die Arbeit niedergelegt, da sie höheren Lohn beanpruchten.

Beuthen OS, 25. Mai. Auch auf der Kococogrube wird gestreikt. Genauer ist indeß über den Streik nicht bekannt. Das Hauptinteresse beanspruchen jetzt nicht die Streiks sondern die Wahlen.

Der Streik der Glaser in Zeitz hat einen für die Arbeiter günstigen Abschluß gefunden.

Auf der Grube „Gottfried“ der Erzbergwerke bei Reichelsheim im Odenwald bestand bisher zwölfstündige Arbeitszeit. Ein Antrag auf Verkürzung auf 8 Stunden wurde abgelehnt. Obwohl nicht organisiert, legten sofort 125 Mann die Arbeit nieder; nur sechs gingen unter dem Schutz von zwei Gendarmen zur Grube. Noch am ersten Tage des Streiks erhielten die Streikenden Einladung, mit den Besitzern zu verhandeln. Es wurde eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Schichtdauer von halb 7 Uhr Morgens bis halb 5 Uhr Nachmittags; halbstündige Frühstück- und anderthalbstündige Mittagspause.

Die Arbeiter der städtischen Betriebe in Mainz sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die im städtischen Gaswerk beschäftigten Feuerarbeiter verlangen die Durchführung der Achtstundenschicht. Diese Forderung wird mit dem ungemein hohen Procentfuß der Erkrankungen begründet. Die Arbeitszeit der beim städtischen Reinigungsamte beschäftigten Straßenkehrer soll im Sommer zehn Stunden betragen mit Frühstück-, Mittag- und Vesperpausen, im Winter von Tagesanbruch bis Dunkelwerden ohne Frühstück- und Vesperpausen. Außerdem werden Lohn-erhöhungen verlangt.

Die Drechsler in München haben folgende Forderungen aufgestellt: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 3 pSt. Lohnerhöhung im Tagelohn, 10 pSt. in Accord, Garantie des Tagelohnes bei Accordarbeit, 50 pSt. Zuschlag für Ueberstunden (Feiertage) im Tagelohn wie Accord. Tarif für Accordwerkstätten, früherer Arbeitschluß an großen Feiertagen und Aufnahme der betroffenen Vereinbarungen in die Werkplattordnung, endlich noch einen Minimallohn von 18 Mk. für Arbeiter unter 20 Jahren. Es wurde beschlossen, diese Forderungen den Meistern zu unterbreiten.

Der **Bildhauerstreik in München** kann als beendet bezeichnet werden. Nur aus einigen kleineren Geschäften steht die Bewilligung noch aus, während in 29 Betrieben mit 60 bis 70 Gehilfen zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird.

Aus aller Welt.

Eine Diebesbande. Die Hamburger Polizei verhaftete eine Diebesbande, aus 26 Personen bestehend, die Bandendiebstähle in großartigem Umfange ausführten und seit längerer Zeit für den Berliner Hof bestimmte Waarensendungen bestellten. Zehntausend Mark Diebesgut ist in den letzten drei Tagen aufgefunden worden.

Selbstmord verübte in Harren am Sonntag ein Brautpaar. Der Feilenhauer Carl Braselmann unterließ schon seit längerer Zeit ein Verlobungsritual mit einer Krankenwärterin aus Hamburg, doch wollten deren Angehörige ihre Einwilligung zu einer ehelichen Verbindung nicht geben. Da das Verhältniß nicht ohne Folgen geblieben war, beschloßen die Liebenden, gemeinsam in den Tod zu gehen und sich mit Kohlenoxydgas zu vergiften. Als ärztliche Hilfe eintraf, war Braselmann bereits todt, das Mädchen konnte wieder ins Bewußtsein zurückgerufen werden, doch ist es zweifelhaft, ob es am Leben bleiben wird.

Von einem Mord wegen drei Mark berichtet die „Landp.“ zu Horheim in Baden. Der Sohn des Weingärtners Pfeil, in Horheim in Arbeit stehend, wurde von einem seiner Kameraden erschossen. Der Unglückliche hatte den Genossen genäht, ihm die schon längst geliehene 3 Mark zurückzugeben. Der rohe Durche verließ, ohne weitere Bemerkungen zu machen, die Wirthschaft und erwartete Pfeil in der Nähe des Bahnhofes, wo er dem Ahnungslosen das Messer in's Herz stieß, daß der Getroffene bald darauf den Geist aufgab. Am anderen Morgen gestand der Mörder seine ruchlose That.

Der **Architekt Landshut** und der **Bearbeiter Jaggi** wurden am Mittwoch von der Strafammer in Straßburg zu 8 bezw. 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Dieselben waren angeklagt, den bei dem Hauseinsturz am 8. März erfolgten Tod von acht Arbeitern verschuldet zu haben.

Der **holländische Jagdminister** lehnte die von deutscher Seite beantragte Auslieferung des desertirten Leupoldischen Janen ab, welcher zwecks Selberpfehlung seine früheren Vorgesetzten, Adler, Geoffizier, mit Mord und Verwath militärischer Geheimnisse bedroht hatte, und ordnete die Freilassung des Janen an.

Grubenunglück. Gestern Nachmittags fand in der Kohlengrube „Gracht Brouwer“ bei Ron in Belgien eine Explosion statt, lagender Wetter stat; über 20 Todte wurden festgesetzt.

Bei **Erarbeiten** am Ebro in Saragossa fand ein Erdbeben statt, der vier Arbeiter begrub. Sie wurden als Leichen

lokales und Provinziales.

Breslau, den 26. Mai 1896.

Zur Reichstagswahl.

Öffentliche Wähler-Versammlung.

Am ersten Pfingstfeiertage, Vormittags 11 Uhr, wird der Candidat der Socialdemokratie für den Reichstagswahlkreis Breslau-Ost Reichstagsabgeordneter **Franz Kuhner** im großen Saale des „Tivoli“ (Neudorfstraße) einen Vortrag halten über die kommenden Reichstagswahlen. Selbstverständlich gibt es dann freie Discussion, auch für Gegner!

Wir dürfen wohl bestimmt auf den zahlreichen Besuch der Breslauer Wähler rechnen. Auch Frauen haben Zutritt. Wirke jeder Genosse für einen glänzenden Besuch der Versammlung.

Parteigenossen!

Denkt an den Wahlfond! Der Wahlkampf erfordert Geld, Geld und nochmals Geld!

Das **Wahlbureau der socialdemokratischen Partei** befindet sich im Vereinzimmer in Gölchs Brauerei „In den drei Lanzen“, Neumarkt 8 und Ziegengasse 1, und ist täglich geöffnet von **Vormittags 8 bis Abends 8 Uhr, Sonntags von 8 bis 2 Uhr Nachmittags. Unentgeltliche Auskunft in allen Reichstagswahlangelegenheiten.** Diefse zc. an den Vorsitzenden Paul Seppner, Gelder nur an den Kassirer Gustav Tige, baselbst.

Die noch nicht wahlberechtigten Genossen, welche am Wahltag im Landkreise thätig sein wollen, werden dringend ersucht, ihre Adressen dem Wahlcomitee thunlichst bald zu übermitteln.

Die **Wahlkosten der Socialdemokratie** verursachen unseren Gegnern viel Kopfschmerzen. Im Jahre 1893 soll uns nach der gegnerischen Presse der Wahlkampf 133,136 Mark gekostet haben und nun findet man es sehr auffällig, daß die Kosten des diesjährigen Wahlkampfes sich für uns auf Hunderttausende beziffern sollen. Sicherlich wird der Kampf, in dem wir nun stehen, größere Opfer der Parteigenossen erfordern als irgend ein vorangegangener, aber mit 133,136 Mk. fanden wir auch 1893 nicht das Auslangen. Auch damals kostete uns der Wahlkampf Hunderttausende Mark, aufgebracht durch Arbeitergroßen. Die Summe von 133,136 Mark ist lediglich aus der Kasse des Parteivorstandes geflossen. Weit größere Summen sind von den Wahlkreisen selbstständig aufgebracht und verbraucht worden. Orte wie Berlin, Hannover, Frankfurt a. M., Hamburg, Dresden, Leipzig, Stuttgart, Mannheim und viele andere haben nicht bloß ihre eigenen Wahlkosten selbstständig gedeckt, sondern jeder einzelne noch eine ganze Reihe von umliegenden Wahlkreisen so vollständig mit allem erforderlichen Wahlmaterial zc. zc. versorgt, daß diese die Parteikasse um Deckung der Wahlkosten nicht anzugehen brauchten.

Schnau-Hirschberg (Schnau, Kupferberg, Hirschberg i. Schl., Schmiedeberg i. Schl., Schreiberhan, Warmbrunn, Peterdorf, Kumerdorf, Gerichsdorf, Hermsdorf i. Schl. zc.).

	Conf.	Wsp.	Mk.	Lib. B.	Lib.	Dif.	Fr.	S. B.	Chr.	Soc.
1871	3538	—	6390	—	—	—	—	—	—	—
74	3227	—	5912	—	—	—	—	—	757	—
Nach. 76	1863	—	6095	—	—	—	—	—	—	—
77	1802	—	6108	—	—	—	—	—	697	58
78	5073	—	5557	—	—	—	—	—	598	530
Stichw.	5548	—	8100	—	—	—	—	—	—	—
81	2523	—	9303	753	—	—	—	—	543	257
84	3389	—	—	—	—	—	—	—	640	333
87	—	—	3992	—	—	10586	—	—	—	738
90	—	2263	1499	—	—	9325	—	—	461	1688
93	—	3338	—	—	—	—	51	8039	231	1871

Abg.: 1871 Geh. Reg-Math Zellkamp, natl., + 15. 2. 76. 76. (Rhw.) Dr. Georg von Bunken, natl. tritt 80 der lib. Ver. und später den Dref. bei, 87 Dr. Theodor Barth, dfr. (tritt 93 der freil. Bp. bei).

Socialdemokratischer Candidat:
Redacteur **Franz Feldmann** in Langenbielan.

Die Volksparteiler in Glogau mühen sich in „Niederöschl. Anzeiger“ gegenwärtig im Schweiße ihres Angesichts, ihren Parteigängern begreiflich zu machen, daß der Compromißcandidat, Herr Hoffmeister von der Freisinnigen Vereinigung, ein ebenso guter Vertreter der Freisinnigen Volkspartei sein werde, wie es ein wirklicher volksparteilicher Candidat nur hätte sein können. Das ist Angesichts der Zustimmung der Freisinnigen Vereinigung zur Marinevorlage, zur Verletzung des Staatsrechts des Reichstags und zu manch anderen Dingen freilich eine recht unbankbare Arbeit, aber was thut man nicht, um das drohende Abschwenken der noch wirklich freisinnig denkenden Elemente in das socialdemokratische Lager zu verhindern? Begeisternd für die Freisinnigen Richter'scher Obervoanz klingt es freilich gerade nicht, wenn der „Niederöschl. Anzeiger“ jaghaft meint:

„Was die besonderen volksparteilichen Wünsche („Wunsch“) ist sehr gut! Red. d. B. betrifft, so hoffen wir bestimmt, daß Herr Hoffmeister auch in dieser Beziehung mit sich reden lassen und es an der nöthigen Rücksicht seinen volksparteilichen Wählern gegenüber nicht fehlen lassen wird!“

Daß sich die Herren von der Freisinnigen Volkspartei in Glogau derart über der Köffel barbieren lassen, kann uns schon recht sein, Einpruch aber müssen wir dagegen erheben, daß der „Niederöschl. Anzeiger“ in seinen Röhren die „Wollwacht“ als Helfer heranzuziehen sucht. Es heißt nämlich in dem Artikel desselben, nachdem er noch einmal den alten Unfuss ausgewärmt hat, die Socialdemokratie stärke das Junkerthum dadurch, daß sie überall den Freisinn aus der Stichwahl verdränge — während diese Stärkung des Junkerthums doch nur durch die unglaubliche Jämmerlichkeit des Freisinn verursacht ward, da seine Männer nirgendwo den Muth zeigten, in der Stichwahl für einen Socialdemokraten einzutreten — wörtlich weiter:

„Es erfüllt uns mit großer Genugthuung, daß man in maßgebenden socialdemokratischen Kreisen jetzt diese Gefahr deutlich erkannt hat und bereit ist, bei den jetzt bevorstehenden Reichstagswahlen einen solchen Fehler zu vermeiden. So hatte das Hauptorgan der Socialdemokratie in Schlesien, die „Wollwacht“, Angesichts des erwarteten jezt aber glücklicher Weise beiseitegelassenen liberalen Lager ihre Genossen daran gemahnt, in Schlesien ihre Schuldigkeit zu thun, um zu verhindern, daß nicht ein durch diesen Bruderkrieg im liberalen Lager der Junker als Sieger aus der Arne hervorginge.“ Wenn man demnach selbst auf socialdemokratischer Seite von der Nothwendigkeit überzeugt ist, gegebenen Falls für einen freisinnigen Candidaten gleich im ersten Wahlgange einzutreten, um den Sieg des Conservativen zu verhindern, so ist es um so sinnvoller, anzunehmen, daß Anhänger der Freisinnigen Volkspartei sich bereit finden würden, zur Socialdemokratie abzuschwenken, wodurch nur den verbündeten Conservativen und Agrariern ein Gefallen erwiesen würde.“

Mit Verlaub, werthe Collegen, das ist doch eine etwas gar zu lähne Escamotage! Es ist uns gar nicht eingefallen, unseren Parteigenossen den Rath zu geben, irgendwo im ersten Wahlgange für einen freisinnigen Candidaten zu stimmen. Wenn wir unsere Genossen aufforderten, ihre Schuldigkeit zu thun, um zu verhindern, daß der Junker siegreich aus der Wahlurne hervorgehe, so geschah das in dem Sinne, sie anzuspornen, an die Stelle der mit ihrem Bruderkrieg beschäftigten freisinnigen Vertreter socialdemokratische Abgeordnete zu setzen. Nur in diesem Sinne konnte auch unsere Aufforderung verstanden werden. Wenn der „Niederöschl. Anzeiger“ sie ganz anders verstanden hat, so müssen wir das wirklich wohl dem allerdings milderen Umstande zuschreiben, daß die Angst vor dem fürchterlichen Reinfall, den insbesondere die Glogauer Freisinnigen in Folge ihrer wunderbaren „Grundjapsfertigkeit“ zu erwarten haben, die Auffassungsfähigkeit des Glogauer Blattes erheblich beeinträchtigt haben wird.

Aus dem Wahlkreise Glogauer Schönan wird uns geschrieben: Daß die Gegner der Socialdemokraten durch ihre Schikanen, Localabtreibereien u. s. w. das Interesse der werththätigen Bevölkerung für die von der Socialdemokratie vertretenen Grundsätze wachrufen, zeigte sich wieder anlässlich der am vorigen Sonntag nach Schmiedeberg einberufenen Volksversammlung, in welcher der Candidat des arbeitenden Volkes für den Wahlkreis Hirschberg-Schnau, Redacteur Franz Feldmann aus Langenbielan, über die bevorstehenden Reichstagswahlen und ihre Bedeutung referirte. Es hatten sich gegen 500 Personen eingefunden, darunter eine Anzahl Frauen; leider mußten dieselben aus Verlangen der Aberwachenden Beamten den Saal verlassen, doch kann dies unserer Bewegung insofern nützen, als dadurch unseren Frauen und Töchtern ihre sociale und politische Entziehung drastisch zum Bewußtsein gebracht wird und selbige ihren sprichwörtlich gewordenen Indifferentismus immer mehr abstreifen. Auf den Vortrag selbst einzugehen, erübrigt sich an dieser Stelle, denn die von der Socialdemokratie verfolgten Zwecke und Ziele sind in den Parteiorganen sowohl als in den bis jetzt veröffentlichten Flugblättern deutlich klargelegt. Die an den mit rauschendem Beifall aufgenommenen Vortrag sich schließende Discussion bot nichts Wesentliches, da sich keiner der anwesenden Gegner zum Worte meldete; nur ein unbekannter, dem Arbeiterstande angehörender Mann versuchte wohl in „höherem“ Auftrag, die Nothwendigkeit der Zölle zu betonen. Derselbe verschwand bald nach vollführten Heldenthat. Diese so außerordentlich stark besuchte Versammlung hat gezeigt, daß auch in Schmiedeberg und Umgegend die socialistische Idee fest Wurzel gefaßt hat. Alle finsternen Pläne unserer Gegner gegen das gesunde Wahlrecht, das Koalitionsrecht zc. haben der Socialdemokratie stets genügt und ihr immer neue Massen zugeführt.

Zur Wahlbewegung in Oberschlesien.

Aus dem Industriebezirk wird uns geschrieben: Aus allen Ecken und Enden laufen täglich Beschwerden über geschwändrige Handlungen von Polizeibeamten ein, die sich der geschwändrigen Nichtbeachtung des § 43 der R.-S.-D. schuldig machen und den Vertheilern unserer Wahlchriften ihre Schriften gewaltthätig wegnehmen. Es ist fast als ob jener Paragraph den oberöschlesischen Polizeibehörden unbekannt sei oder von ihnen absichtlich unbeachtet gelassen würde. Die letzten Beschuldigungen ereigneten sich in Chropatzow, Dregom, Schomberg und Emanuelstegen. In jedem einzelnen Falle wird gegen die Beamten vorgegangen, die sich geschwändriger Handlungen und des Mißbrauchs ihrer Amtsgewalt schuldig gemacht haben.

In **Neustadt OS.** unternahm 37 Genossen eine Agitationstour in die umliegenden Ortshäfen. Die Aufnahme war im Allgemeinen eine gute. Eine unbedeutende behärdliche Hinderung fand nach beinahe vollendeter Thätigkeit nur in Steinau OS. statt; dessenungeachtet arbeiteten die Genossen in dem benachbarten Schweinsdorf ruhig weiter. Auch in der Stadt hat jedoch eine Wahlchriften-Verbreitung stattgefunden. Den Herren vom Centrum wird die eige Agitation freilich nicht passen, aber darauf haben wir natürlich keine Rücksicht zu nehmen. Ueber die am 14. d. Mts. stattgefundene Wählerversammlung, in welcher unser Candidat, Genosse Schütz, sprach, hat die „Neustädter Zeitung“ keinen Bericht gebracht. Daraus geht hervor, daß das Blatt zur Verbreitung der socialdemokratischen Idee nichts beitragen will. Um so eifriger werden wir dies thun.

Aus Ratibor berichtet man uns: Bei einer Flugchriftenvertheilung, welche Dienstag Abend hier stattfand, wurde ein Genosse von dem Polizeicommissarius Heule fittirt und nach einer politischen Erörterung gefragt. Da sich viel Publikum auf der Straße angesammelt hatte, so begab sich der Commissarius mit dem Genossen in einen Hausflur und verlangte von Letzterem, daß er sich legitimiren solle. Da die vorgezeigten Briefe zc. dem Herrn nicht genüigten, so machte er Anstalten, unseren Genossen „mitzunehmen“. Derselbe ließ sich nun allerdings nicht gleich verhaften, sondern machte den Commissarius auf sein ungesetzliches Verhalten aufmerksam und nannte auch gleichzeitig das Geschäft (Druckerei), wo er in Stellung ist. Das genügte nun endlich und er konnte ungehindert und in ganz kurzer Zeit, in Folge der Menschenansammlung seine von allen Seiten begehrten Blätter los werden. Am nächsten Morgen erschien der Commissarius bei dem betreffenden Druckereibesitzer, um sich nach dem Mann, welcher dort beschäftigt ist, zu erkundigen. Herr Commissarius Heule scheint ganz zu vergessen, daß es eine Zeit gab, wo er auch Arbeiter und zwar Maurergeselle war. Es ist sicher keine Heldenthat, einen ehrlichen, politisch kämpfenden Arbeiter vielleicht um seine Stelle zu bringen.

Der Mangel an großen Versammlungsorten in Frankfurt a. M.

hat die Stadtverordneten-Versammlung baselbst veranlaßt, einen Antrag zuzufassen, wonach der Magistrat seinen Einfluß aufbieten soll, daß die Verwaltung des Zoologischen Gartens, welcher von der Stadt eine jährliche Subvention von 56 000 Mk. bezieht, den zu dem Institut gehörenden Saal zu politischen Versammlungen zur Verfügung stellt. Ein Gegner dieses Antrages machte geltend, daß, wenn der Saal erst einer Partei gegeben würde, er auch allen anderen Parteien gegeben werden müsse. Auf die Jurufe: „Natürlich“, „Sehr richtig!“ drohte der Redner mit den Antisemiten und me.etc., wenn auch diese Partei den Saal bekäme, dann würden die Antisemiten in Abwesenheit antreten. Schlußwort: Es ist

Saal erst frisch hergestellt worden, und es könnten leicht Beschädigungen vorkommen, die in der aufgeregten Zeit des Wahlkampfes nicht zu vermeiden wären. Ein anderer Stadtverordneter erwiderte hierauf, daß es in Frankfurt keine Partei gebe, die sich aus solchen Elementen zusammensetze, daß sie einen gemieteten Saal beschäbigten. In Mainz werde die Stadthalle auch allen Parteien zur Verfügung gestellt, und es sei noch nichts vorgelassen. — Die Furcht vor der Socialdemokratie scheint demnach in Frankfurt und namentlich in Mainz noch nicht den Höhepunkt erreicht zu haben als anderswo.

Im Schlafe erdrückt? In der Nacht zum 22. d. Mts. hatte die Frau eines auf der Nadelgasse wohnenden Tischlers ihren drei Monate alten Sohn zu sich ins Bett genommen. Am Morgen fand sie das Kind entleert neben sich liegen. Die kleine Leiche lag an der linken Körperseite des Kindes auf. Es scheint, daß die Frau ihr Kind im Schlafe erdrückt hat.

Mord. Ein Zimmergefehl geriet in einem Neubau beim Regen eines Balkens mit der rechten Hand zwischen den Balken und das Mauerwerk, wobei ihm der Balken der Hand zerquetscht wurde.

Strichwund. Zu dem sechs Jahre alten Sohn eines Bademeisters von der Kupferstraße stellte sich am 23. d. M. auf der Herrenstraße ein etwa 12 Jahre alter Knabe und entziff ihm einen Geldbetrag von 3 Mark, welchen der kleine Knabe in der Hand hielt.

Ertrunken. Am 24. d. Mts. Nachmittags stürzte das in der Anstalt Behanien angestellte Dienstmädchen Emma Glag beim Schwern von einem in der Ohle liegenden Brahm und ertrank.

Bestohlen wurden: einem Arbeiterburschen, der auf einer Promenadebank unweit der Graupenstraße am 22. d. M. Abends eingeschlafen war, eine silberne Uhrentrommel (Nr. 2787), und einem Kaufmann vom Gneisenauplatz ein an einem Schaufelstange angebrachtes Reclameschild.

Gefunden wurden: Ein Portemonnaie mit Inhalt, ein vergoldeter Mantelknopf, eine Silberkette, eine Fahrradlaternen, ein Dornhut, ein großes schwarzes Band, eine Schlüsselkette mit drei Schlüsseln, ein Saal, enthaltend 22 Strohkügel, und ein Spazierstock. — **Verloren** wurden: Ein Schirmhut, eine braune Umhülle mit einer Brillantnadel im Werte von 400 Mk.

eine goldene Damen-Halskette, ein goldenes Armband mit einer Kette, eine kleine goldene Kette mit einem Herzchen, eine rot-schwarzgestreifte Plüschdecke, ein Pincenez, ein Heft betreffend Handfertigkeitsunterricht für Eisenarbeit, eine Amethystbroche und eine Corallen-Halskette.

Neueste Nachrichten.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die Einschließung des unter dem Commando Cerveras liegenden spanischen Geschwaders in Santiago wird, nach der „Frankf. Ztg.“, in Washington als ein vorzügliches Manöver betrachtet, da es einen großen Theil des amerikanischen Geschwaders zu anderen Aktionen freimacht. Man scheint sogar durchaus begeben zu sein, den Feind im Hafen aufzusuchen, da dieser vorzüglich geschützt ist und eine solche Action schreckliche Menschenopfer fordern würde. Gerüchteleise verlaute, daß die Kabel-Verbindung des Generals Blanco mit Madrid unterbrochen sei. Alle Leuchtfeuer an der cubanischen Küste sind wieder ausgelöscht.

In Spanien will man die drohende Einschließung des spanischen Geschwaders bestreiten. Nach Regierungsbefehlen aus Habana sind die New-Yorker Gerichte, daß die Flotte Cerveras von den Amerikanern überlistet und in dem Hafen von Santiago eingeschlossen ist, völlig un begründet. Der größte Theil der amerikanischen Flotte kreuzt noch immer vor Habana.

Hannover, 26. Mai. In Hergen ist ein 18jähriger Bursche festgenommen und nach Hameln transportiert worden, welcher angeht, die Luise Günther in der Palenhardt in Berlin ermordet zu haben.

Brüssel, 26. Mai. Der in der Dreyfus-Sache vielgenannte Oberst Panizzardi, der bisherige italienische Militärattaché in Paris, ist zur hiesigen italienischen Gesandtschaft endgiltig verlegt.

Petersburg, 25. Mai. Aus Jekaterinobas, Hauptstadt im russischen Subarctischen, wird gemeldet, daß nach amtlichen Berichten während des Schneesturmes am 15. bis 17. April im Subarctischen 35 Personen ums Leben gekommen und außerdem 940 Pferde, 29 825 Stück Pottvieh und 114 018 Stück Kleinvieh umgekommen sind.

Standesamtliche Nachrichten.

Bom 25. Mai.

Heiraths-Ankündigungen. I. Buchbinder Max Madelky, kath., Brunnenstraße 24, und Ida Braundorf, ev., Baselstr. — Haushälter Reinhold Werner, ev., Al. Großengasse 40, und Ida Münch, ev., Gartenstraße 19. — Hausdiener Daniel Kaluzol, ev., Neuborsstraße 23, und Bertha Brückel, ev., Nachborsstraße 23. — III. Tischler Wilh. Michel, ev., Neue Junkernstraße 54, und Martha Jäckel, ev., Matthiasplatz 11.

Geburten. I. Maurer Carl Bende, ev., L. — Zuschnneider August Freise, kath., S. — Arbeiter Paul Baumann, kath., L. — Maler Max Jappe, kath., L. — Stellmacher Wilhelm Neumann, ev., L. — Arbeiter Hermann Kibel, ev., L. — Arbeiter Johann Richter, ev., S. — II. Wöhrer Aug. Mann, kath., S. — Klempner Ernst Gierich, kath., S. — Schlosser Otto Schulz, ev., L. — Arb. Carl Kempe, kath., L. — Werksführer Heinrich Michel, ev., S. — Korrichneider Max Selig, ev., L. — Schlosser Christian Kilgus, freireligiös, S. — Bahnarbeiter Max Streil, ev., L. — Straßenbahnführer Paul Lauterbach, ev., L. — III. Hausdiener Hermann Zimmer, ev., S. — Bibliotheksdiener Max Ulrich, kath., L. — Schmitz Alfred Ulrich, kath., L. — Schmied Cassimir Stroiny, kath., S. — Schneidermeister August Reineck, kath., S. — Schriftf. Adolf Pelsch, ev., L. — Haushälter Gustav Raeder, ev., L. — Müller Heinrich Weiß, ev., L. — Tischlermeister Ferdinand Pacha, kath., Sohn.

Todesfälle. II. Günther, S. d. Sattlers Josef Stralby, 5 Tage. — Schneiderin Rosina Weigelt, 25 J. — Feizer Gottfried Kunkel, 62 J. — Max, S. des Klempners Ernst Gierich, 1/2 Stb. — Marie, L. des Kochs Anton Nowak, 9 M. — Elisabeth, L. des Tischlermeisters Max Seibel, 5 Woch. — Alfred, S. des Arbeiters Friedrich Graber, 4 M. — III. Arbeiterfrau Marie Friele, geb. Jodick, 39 J. — Kellnerin Anna Kühnel, geb. Somiczky, 53 J. — Walter, S. des Hausdieners Hugo Fiebig, 1 J. — Elisabeth, L. des Arbeiters Heinrich Bernert, 4 Wochen. — Kellner Eduard Reischer, 40 J. — Käthe, L. des Goldarbeiters Emil Moes, 1 J. — Friede, L. des Schlossers August Schön, 8 Mon. — Martha, L. des Maurers Carl Ripper, 1 J. — Wally, L. d. Zimmermanns Wilhelm Rante, 5 Monate. — Frieda, L. des Tischlermeisters August Geerich, 7 Monate.

Lobe-Theater.
Gastspiel des Lobe-Theaters.
Donnerstag:
Zum ersten Male:
„Erzählung“
Schauspiel in 4 Acten von
Frank Wedekind.
Freitag:
„Die Frau vom Meer.“

Geschäfts-Eröffnung!
Hierdurch die ergebene Anzeige
daß ich Nicolaistr. Nr. 20. ein
Papiergeschäft
eröffnet habe und mache Jedem auf
meine spottbilligen Preise aufmerksam.
Billigste Preispunkte für Händler.
Druckfachen werd. bligst angefertigt.
H. Kramarski.

Knaben-Anzüge
Wahlst 50 Kleinger
Satin 1 1/2 Mark
Kriese 2 Mark
Juwelst 2 1/2 Mark
Chemist 2 1/2 Mark
Fertig 3 Mark
Fichte 3 1/2 Mark
Madrid 4 Mark
Jünglings-Anzüge
Wahlst 2 1/2 Mark
Jewe 3 Mark
Schulanzüge 3 1/2 Mark
Seidenschürzen 4 Mark
Jahre 4 1/2 Mark
Chemist 5 Mark
Aus Seide 6 Mark
in größter Auswahl
„Goldene 74“
I. E. G. Chausseestraße 74.

Liegnitz.
Wähler-Versammlung
Sonntags, den 28. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Gasthof
„Drei Berge“, Hannoverstraße.
Agenda: Reichstagsabgeordneter Tatzauer-Berlin.
Freie Diskussion.

BRESLAU
am Rathhauseplatz
**Morgen Freitag:
Henel's
„Spartag“**
(unter No. 23834
gesetzlich geschützt),
an dem sämtliche direct vom
Lager nur gegen Baar gekaufte
Waaren einen Rabatt von **5%**
genießen, und werden an diesem
Tage bei Baarzahlung für
jede Mark 5 Pf.
zurückvergütet.
Waaren im Werthe
von 20 Mk. an franco.
Reichillustrirte Preis-
listen kostenfrei. 3414

Meine
Reclame
steht nur in dieser
Zeitung und bin ich
folgedessen in der
Lage meine
**Herren-
und
Knaben-
Garderobe**
zu den denkbar
billigsten Preisen
abzugeben.
„Zum
Propheten“
Kreuzstraße 38
am Königsplatz.
3413

Todes Anzeige.
Mittwoch, den 25. d. Mts. früh 9 Uhr starb plötzlich
an Herzschlag der Goldarbeiter
Max Westphal
im Alter von 24 Jahren.
Es bedauern sein frühes Hinscheiden und werden
ihm ein dauerndes Andenken bewahren
Verwandte u. Mitglieder der Ortskrankenkasse der Juweliere,
Gold- und Silberarbeiter, Graveure und Ciseleure zu Breslau,
Beerdigung: Sonntag den 29. Mai, Nachmittags 3 Uhr,
Tranernhaus: Kirchstraße 12.

Am 25. Mai 1898 starb plötzlich am Herzschlag unser
langjähriges Mitglied, der Goldarbeiter
Max Westphal
im blühenden Alter von fast 25 Jahren. 3529
Ein dauerndes Andenken bewahren ihm.
**Die Mitglieder des Verbandes
der deutschen Gold- und Silberarbeiter u. v. B.
Die Zahlstelle Breslau.**

Sitte rauchen Sie
Mexico (Sonne)
10 Stück 45 Pfg.
F. Damrau, G...
Friedrich-Wilhelmstraße 97.

Genossen!
Anzüge, Paletots, Bekleidet, nice Knaben-
und Burschen-Anzüge
kaufen Sie bei mir ein **Tritttheil**
wie im **Ladengeschäft.**
Nur das Allernueste und Beste.
Durch Erparnis der enormen Geschäftspreise
bin ich im Stande, mich mit dem Kleinsten Kopfen zu begnügen.
Ich bitte daher die geschätzten Genossen
nicht bei Bedarf gütigst unterstützen zu wollen.
S. Hurtig, Breslau
Ohlauer-Straße 84, I. Etage
Eingang Ecke Schubbrücke.
Gegründet 1879.

Heute Donnerstag lebend frisch aus
See eintreffend 1 Waggon:
hochreiner Nordsee-Silber-Lachs v. Fld. 15 Pf.
Scheuch 20 Pf., Schellfisch 15—25 Pf.,
Cablian 15 Pf., Schollen 20 Pf., Roth-
zungen 30—35 Pf., Seezungen 1.25 Mk.,
Kartoffeln 20 Pf., Heilbutt 70 Pf.
Delikatess Aufschnitt à Fld. 30 Pf.
alle Sorten Cotelets à Pfd. 55 Pf.
**Deutsche Dampfmühlerei-Gesellschaft
Nordsee**
nur Schmiedebrücke 48. 3581

David Freund,
Carlstr. 23, 3517
Ecke Carlisplatz.

Größtes Confections-Haus der Nicolai-Vorstadt!
Albert Wagner
70 Friedrich-Wilhelmstraße 70, neben der Stadt Mähen
bis zu Pfingsten! 3516
Schwarze Kragen des gew. Mt. 2.25
Schwarze Kragen gew. u. lang. 4.75
Elegante anliegende Frauen-
Kragen 6.25
helle Kragen von 25 Pf. an
Elegante Jaquets von 25 Pf. an
Kleiderstoffe, Cattane, Züchen, Inletts u. vieles Andere spottbillig.
Albert Wagner, 70 Friedrich-Wilhelmstrasse 70.
Arbeiter-Garderobe in 110erster Auswahl.